



Gemeinsame Tagung der DVPW-Sektion „Politische Ökonomie“ und des DVPW-Arbeitskreises „Internationale Politische Ökonomie“ an der Universität Marburg, 27.-28. Mai 2011

CfP: Termin für Abstracts 18.7.2010

Tagung: Die Globale Finanzmarktkrise 2008-2010 aus einer politikwissenschaftlicher Perspektive

Die Gemengelage transnationaler finanz- und realwirtschaftlicher Krisensymptome, politischer Gegenmaßnahmen, internationaler Koordinationsversuche und politischer und wirtschaftlicher Folgewirkungen, die wir als Globale Finanzkrise bezeichnen, ist zum Gegenstand zahlreicher sozialwissenschaftlicher Forschungsprojekte geworden. Der Beitrag der Politikwissenschaft zum tieferen Verständnis dieser Ereignisse liegt vor allem in Analysen des Zustandekommens und der Wirkungen jener defizienten wirtschaftspolitischen Regulierungen, die die Globale Finanzkrise möglich machten, in der Untersuchung politisch-institutioneller Konfigurationen und Kräfteverhältnisse, die diesen Regulierungen zugrunde lagen und liegen, und in der Analyse der zeitnahen politischen Maßnahmen der Krisenbewältigung auf nationaler, transnationaler und supranationaler Ebene.

Politikwissenschaftliche Projekte, die sich mit Ursachen, Verlauf und Folgen der Globalen Finanzkrise befassen oder die angesichts der Ereignisse der vergangenen Jahre in einem veränderten Licht erscheinen, sind an zahlreichen Universitäten und Instituten angesiedelt. Um Austausch und Koordination zwischen diesen Projekten zu unterstützen und ein Forum für die Diskussion von Zwischenergebnissen bereitzustellen, laden die DVPW-Sektion „Politische Ökonomie“ und der DVPW-Arbeitskreis „Internationale Politische Ökonomie“ zu einer gemeinsamen Jahrestagung, die am 27.-28. Mai 2011 an der Universität Marburg stattfinden wird. Die Tagung soll ein erster Versuch der Kondensierung politikwissenschaftlicher Analysen sein, die sich aus unterschiedlichsten Blickwinkeln mit der Globalen Finanzkrise befassen.

Teilaspekte einer politikwissenschaftlichen Analyse der Globalen Finanzkrise seien beispielhaft genannt:

1. Der IWF bezeichnete die Finanzkrise als erste wirklich „globale“ Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig zeigen sich nationale Unterschiede in den Krisenverläufen, die ebenso wie die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der nationalen Gegenreaktionen der systematischen Erklärung bedürfen. Hierfür stehen höchst unterschiedliche, konkurrierende Theorieangebote bereit, so beispielsweise diffusionstheoretische Ansätze, machttressourcentheoretische Ansätze, politisch-institutionelle Ansätze, der „Spielarten des Kapitalismus“-Ansatz, die Regulationsschule, die Neue Politische Ökonomie und postmarxistische Ansätze, um nur einige zu nennen.

2. Auch die Probleme leerer Kassen und öffentlicher Verschuldung erscheinen angesichts der Globalen Finanzkrise in einem neuen, dramatischeren Licht. Die fiskalischen Kraftanstrengungen zur Bewältigung der Krise mögen in eine zunehmende Erschöpfung der Handlungsfähigkeit des Staates gegenüber der Gesellschaft münden und damit langfristig wirksame Veränderungen von politics und policies entfalten, mit destruktiven Wirkungen beispielsweise auf die Sozialpolitik oder blockierenden Wirkungen auf die notwendige Erschließung neuer staatlicher Handlungsfelder.

3. Die politikwissenschaftliche Analyse der Ursachen, Verläufe und Folgen der Finanzkrise darf zudem die Länder jenseits der Gruppe der entwickelten Industrieländer nicht vernachlässigen. Die starke Belastung der Schwellen- und Entwicklungsländer droht bestehende globale Ungleichgewichte zusätzlich zu verschärfen und neue Ungleichgewichte entstehen zu lassen.

4. Auch der von der Globalen Finanzkrise angestoßene institutionelle Wandel ist Gegenstand politikwissenschaftlicher Projekte. Insbesondere ist zu prüfen, ob die Globale Finanzkrise das relative Gewicht der Regulierung durch internationale Organisationen oder die Europäische Union dauerhaft steigern wird. So stellen sich durch die Globale Finanzkrise auch Fragen nach der Legitimität und Effektivität internationaler Regulierung durch Organisationen wie das Basel Committee (Bankenaufsicht) oder das International Accounting Standards Board (Rechnungslegung) neu.

5. Die Wucht der Krise und die Unterschiedlichkeit der nationalen Krisenverläufe ließen auch die Funktionsweisen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und des sie begleitenden Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht unberührt. Das gilt zum einen für Staatshilfen bei drohenden Staatsbankrotts, die, würden sie auf Dauer gestellt, bundesstaatsähnlichen Fiskaltransfers nahekämen. Zum anderen drohen Probleme unterschiedlicher Konjunkturverläufe, die die Angemessenheit einer für alle EWU-Teilnehmerländer einheitlichen Geldpolitik und fester Wechselkurse in Frage stellen.

Projekte, die zu solchen und ähnlichen, mit der Globalen Finanzkrise in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Fragestellungen sprechen, laden wir ein, ihre vorläufigen Befunde auf der gemeinsamen Jahrestagung der DVPW-Sektion „Politische Ökonomie“ und des DVPW-Arbeitskreises „Internationale Politische Ökonomie“ zur Diskussion zu stellen. Dabei sind empirische Analysen ebenso erwünscht die Theoriepapiere. Die veranstaltenden DVPW-Untergliederungen erbitten die Zusendungsaussagekräftiger Abstracts bis Sonntag, den 18. Juli 2010. Bitte schicken Sie ihre Abstracts via Email an

Martin Höpner oder Hubert Zimmermann (Adressen unten). Über die Zusammensetzung des Programms wird im Lauf des Sommers 2010 informiert. Die Organisatoren bemühen sich um die Einwerbung von Mitteln zur Bezuschussung von Reise- und Übernachtungskosten.

Kontakt

PD Dr. Martin Höpner
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Paulstraße 3
50676 Köln
hoepner@mpifg.de

Prof. Dr. Hubert Zimmermann
Philipps-Universität Marburg
Wilhelm-Röpke-Straße 6 G
35032 Marburg
hubert.zimmermann@staff.uni-marburg.de